



Gespräch zwischen Quetzal von der plejarischen Föderation und «Billy» Eduard Albert Meier, BEAM

Achthundertvierundneunzigster Kontakt

**Dienstag, 6. August 2024
7.49 h**

Billy Hallo, da bist du ja schon, obwohl ich dachte, dass du erst am Nachmittag kommst. Sei jedoch willkommen und gegrüsst.

Quetzal Sei auch gegrüsst, Eduard, mein Freund. Was fällt denn an, dass du mich rufst?

Billy Es handelt sich eben darum, dass für das Internet eine offizielle Adresse geschaffen werden soll, weil die Neuordnung durch das Gremium dies offenbar erfordert. Dabei soll künftighin weltweit eine FIGU-Vereins-Adresse gültig sein, die als «Verwaltung@FIGU.org» Gültigkeit haben und nur zur Akteurperson gerichtet sein soll. Dies eben darum, weil künftighin alles nur über die Akteurperson zu laufen hat, weil bei dieser alles zusammenläuft, was von der Gesamtgruppe beschlossen und bestimmt wird. Was dann sein soll ist folglich, dass die Akteurperson beauftragt wird, ein notwendiges Schreiben bezüglich des Gesamtgruppebeschlusses auszufertigen und der Person auszuhändigen, die zur Erledigung des Auftragsbeschlusses bestimmt wird.

Quetzal Das kann ich nicht entscheiden, denn dazu ist das Gremium zu befragen, was ich natürlich umgehend arrangieren will.

Billy Gut, das ist eigentlich schon alles, das ich zu fragen hatte und weshalb ich dich hergerufen habe. Doch wenn du hier bist, dann will ich dir den Artikel hier vorlegen, den ich von INFOsperber habe und der dich sicher interessieren wird. Zwar befasst er sich mit politischen Dingen, doch dürfte er interessant sein, auch wenn wir uns nicht politisch betätigen, jedoch wissen, was wirklich gespielt wird, und zwar, wenn auch alles verleugnet, bestritten und unter den Tisch gewischt wird, dass es die Öffentlichkeit nicht erfährt. Hier wird nämlich durch den INFOsperber einmal öffentlich Tacheles gesprochen, dass in gewissen Staaten – insbesondere in Amerika – Verbrechen angeordnet und begangen werden, und zwar ohne, dass die Schuldigen, die jeweils die Verbrechen anordnen, jemals dafür Rechenschaft abzulegen haben, noch dafür bestraft werden. In diesem Artikel kommt diesbezüglich besonders Amerika an die Kasse, dem Amerikafreundliche anhängen und es in den Himmel heben, obwohl dessen Verbrechen in aller Welt gewaltig zum Himmel stinken. Entweder sind die Amerikafreundlichen dumm wie Bohnenstroh und erkennen nicht, was Amerika wirklich Böses auf der Erde anrichtet, oder sie sind gleicherart verantwortungslos geartet, wie eben die staatlichen Verbrecher Amerikas, die in ihrem Hegemoniewahn effektiv über Millionen von Leichen und Zerstörungen sondergleichen gehen. Hier aber nun der Artikel:

INFOsperber

Sonntag, 4.08.2024



Vietnamesisches Kind mit Geburtsfehler, weil die Eltern dem Entlaubungsmittel Agent Orange ausgesetzt waren. © CR

Die Kritik an Trumps Immunität zielt daneben

Helmut Scheben / 29.07.2024

In Vietnam haben die USA Hunderttausende verkrüppelte Kinder auf dem Gewissen.

Kein US-Präsident wurde deswegen angeklagt.

Donald Trump steht nun also über dem Gesetz. Zum Machterhalt könnte er als Präsident einen Militärputsch anzetteln oder den Navy Seals (Spezialeinheit der US-Marine ist Teil des «US Special Operations Command») befehlen, einen politischen Rivalen umzubringen, und nichts passierte ihm. Er geniesst Immunität jetzt auch über seine Amtszeit hinaus – abgesegnet vom Supreme Court.

Mit diesen Beispielen jedenfalls hat Sonia Sotomayor argumentiert, Richterin am Obersten US-Gericht. Sie wollte damit in ihrer «dissenting opinion» ausdrücken, dass sie den Immunitäts-Entscheid des Gerichtes nicht mittragen will. Aus Sorge um die Demokratie weiche sie von der Mehrheitsmeinung ab.

Zahlreiche Medien, wie der Zürcher «Tages-Anzeiger», die «Zeit», die «Süddeutsche» und andere haben über diesen Minderheitsstandpunkt von Richterin Sotomayor berichtet und den Eindruck erweckt, der Rechtsstaat der USA stehe auf der Kippe. Die «NZZ» meinte: Die jetzt erlassene Regelung des Obersten Gerichts «ritzt an einem fundamentalen Prinzip des Landes».

In fast allen demokratischen Ländern geniessen Regierungsmitglieder für Amtshandlungen Immunität, auch in der Schweiz. Nur private Straftaten können verfolgt werden.

Damit soll verhindert werden, dass Präsidenten oder Regierungsmitglieder aus Furcht vor späteren Strafklagen in ihren Entscheidungen nicht so frei sind, wie es ihr Mandat verlangt.

Allerdings können Präsidenten oder Regierungsmitglieder in Deutschland, Frankreich oder Spanien *nach ihrem Rücktritt* für vergangene Amtshandlungen strafrechtlich belangt werden.

Bei Präsident Trump geht es um letzte Amtshandlungen, mit denen er die Amtsübernahme von Joe Biden möglicherweise verhindern wollte. Jetzt verhinderte der Supreme Court eine Strafverfolgung gegen Trump, indem er Präsidenten eine lebenslange Immunität gewährt.

Lebenslange Immunität war jahrzehntelange Praxis

Doch damit hat der Supreme Court lediglich eine jahrzehntelange Praxis bestätigt. Seit der Gründung der Vereinigten Staaten im Jahr 1776 begingen Präsidenten während ihrer Amtszeit fast regelmässig Straftaten, wurden jedoch nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt praktisch nie belangt. Deshalb ritzt der Entscheid des Obersten Gerichts keineswegs an einem fundamentalen Prinzip des Landes, wie die «NZZ» schrieb.

Hinrichtungen ohne Gerichtsverfahren

Jüngstes Beispiel sind die systematischen Hinrichtungen von Menschen, die als terroristische Bedrohung definiert und daher präventiv durch Drohnen getötet werden, ohne dass ein Gericht dabei ein Wort mitzureden hat. Kein

einzigster amerikanischer Präsident ist jemals wegen dieser Praxis, die von vielen Juristen rund um den Globus als Verbrechen gewertet wird, vor Gericht gestellt worden. Weder in den USA noch ausserhalb der USA.

Für sein Buch «Die Weltbeherrscher» hat der Journalist Armin Wertz unter anderem die Drohneneinsätze der USA im Ausland recherchiert. Er zählt auf 25 Seiten rund 500 Drohnenangriffe auf, die zwischen 2004 und 2016 publik wurden. Ganze Häuserkomplexe wurden auf diese Weise durch Luftangriffe pulverisiert. Die Zahl der sogenannten Kollateral-Toten ist unbekannt. Das Vorgehen läuft unter Berufung auf Artikel 51 der Uno-Charta. Man sei nach 9/11 von US-Parlament und UN-Sicherheitsrat autorisiert worden, einen «Krieg gegen den Terror» zu führen.

300'000 Zivilpersonen nach Lüge getötet

Mindestens 300'000 Zivilpersonen wurden im Irak-Krieg getötet, der mit Lügen begründet wurde und den UN-Generalsekretär Kofi Annan als «illegal» bezeichnete.

Doch Präsident George W. Bush wurde deswegen nach seiner Amtszeit nicht angeklagt – in den USA nicht und auch nicht von einem internationalen Gericht. Die USA anerkennen kein internationales Gericht, welches sie für Kriegsverbrechen zur Verantwortung ziehen könnte.

Kokain für Waffen in Zentralamerika

Ronald Reagan, von 1981 bis 1989 Präsident der USA, begann einen verdeckten Krieg gegen Nicaragua, um die Sandinisten-Regierung zu stürzen, in der er ein trojanisches Pferd des Kommunismus in Lateinamerika zu erkennen glaubte. Die Finanzierung einer konterrevolutionären Söldnertruppe – «Contras» genannt – wurde nie vom US-Kongress genehmigt. Der Krieg, den es offiziell nicht gab, wurde geheim finanziert durch Drogenhandel und Waffengeschäfte mit dem Iran.

Der Pilot Barry Seal unterhielt auf einem Flugplatz in Mena (Arkansas) eine Flotte von Transportflugzeugen, die Waffen für die «freedom fighters» nach Zentralamerika flogen. Auf dem Rückweg machten sie einen Umweg über Medellín in Kolumbien und luden Kokain und Crack (pasta básica). Barry Seal gilt als einer der erfolgreichsten Drogenschmuggler in der Geschichte. Der Strassenverkaufswert der von ihm eingeführten Drogen wurde von US-Behörden auf drei bis fünf Milliarden US-Dollar geschätzt. Seal betrieb einen grossen Teil seines Business im Auftrag der CIA.

Als die ganze Sache aufflog, versuchte man in Washington, den Präsidenten zu schützen: Ronald Reagan habe von allem nichts gewusst. Als Schuldiger wurde Oliver North vorgeführt, ein ehemaliger Offizier der US-Marines. Er war offizieller Berater des Nationalen Sicherheitsrates und hatte sowohl das Unternehmen «Kokain-für-Waffen» als auch geheime Waffengeschäfte mit dem Iran organisiert. North wurde zu drei Jahren Gefängnis auf Bewährung verurteilt, aber wegen Verfahrensfehlern bald freigesprochen.

Barry Seal wurde am 19. Februar 1986 in Louisiana auf offener Strasse erschossen, bevor er vor einer Grand Jury aussagen konnte.

Ronald Reagan blieb auch nach seiner Präsidentschaft unbehelligt.

Gesetz- und völkerrechtswidrige Taten blieben ungeahndet

Präsidenten der USA betrogen und belogen ihr Volk regelmässig, indem sie immer wieder militärische Interventionen und Angriffskriege im Geheimen führten und die Beteiligung der USA leugneten.

Präsident Dwight D. Eisenhower hatte 1954 mit einer CIA-Operation Jacobo Arbenz gestürzt, den demokratisch gewählten Präsidenten von Guatemala. Dem amerikanischen Volk wurde verheimlicht, dass es weniger um die «kommunistische Gefahr» als um die Interessen des Bananen-Konzerns United Fruit ging.

Präsident John F. Kennedy befahl einen CIA-geführten Angriff auf Kuba. Als die Invasion in der Schweinebucht scheiterte, hiess es, Kennedy habe sie nicht unterstützt.

Die Präsidenten Johnson und Nixon führten einen streng geheimen Bombenkrieg in Laos. 150'000 Menschen wurden dort in einem Gebiet, das als Free-Fire-Zone erklärt wurde, getötet oder vertrieben.



Man darf nicht wegschauen: Eines von Hunderttausenden Kindern.

© atvdenmark

Die Präsidenten Lyndon B. Johnson und Richard Nixon wurden nie zur Verantwortung gezogen für die Lügen, mit denen der Vietnam-Krieg begründet wurde, und für den Einsatz von Agent Orange in den Jahren 1962 bis 1972. Dieses Entlaubungsgift hatte zur Folge, dass Hunderttausende vietnamesische Kinder mit schweren Geburtsfehlern als Krüppel zur Welt kamen. Die Schätzungen schwanken zwischen 150'000 und 500'000.

Auch nach seiner Präsidentschaft wurden Lyndon Johnson und Richard Nixon nie zur Rechenschaft gezogen.

Ronald Reagan schickte US-Special Forces nach El Salvador, um ein Militärregime zu unterstützen, das mit Todeschwadronen oppositionelle Priester, Nonnen, Professoren der Universidad Católica und einen Erzbischof am Altar ermorden liess.

Bill Clinton führte 1999 einen Nato-Angriff auf Rest-Jugoslawien an, ohne dass ein Uno-Mandat vorlag. Die gewaltsame Abtrennung des Kosovo von Serbien wird bis heute von vielen Staaten als völkerrechtswidrig betrachtet.

Präsident Bush liess Gefangene zur Folter in andere Länder überführen, beispielsweise nach Litauen, Polen, Rumänien, in den Kosovo, um Gesetze der USA zu umgehen. Die Foltermethoden in den «fest installierten» Folterzentren – im afghanischen Bagram, im irakischen Abu Ghraib oder in Guantánamo auf Kuba – waren entsetzlich.

Präsident Barak Obama führte in Libyen einen Krieg, den der Kongress nicht autorisiert hatte. Die Winkeladvokaten seiner Administration legitimierten das mit der Begründung, es handle sich nicht wirklich um einen «Kriegszustand». Die 30'000 Nato-Luftangriffe auf Libyen waren also kein Krieg. Deshalb bedurfte es nicht der «War Powers Resolution» des Kongresses.

Gegen keinen dieser Präsidenten wurde nach dem Ausscheiden aus dem Amt ein Strafverfahren eröffnet.

Nie wird ein Präsident der USA, Chinas oder Russlands vor einem Internationalen Gerichtshof stehen

Die Erfahrung zeigt, dass Grossmächte, wo es um ihre sogenannten Sicherheitsinteressen geht, sich nicht um Völkerrecht oder die Versuche der Vereinten Nationen kümmern, eine internationale Justiz zu etablieren. Niemals wird ein Präsident der USA, Chinas oder Russlands vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag stehen. Stets herrscht das Prinzip: Die Kleinen hängt man, die Grossen muss man laufen lassen.

Das Bundestrafgericht in Bellinzona mag einen afrikanischen Minister – wie kürzlich geschehen – wegen Menschenrechtsverletzungen zu zwanzig Jahren Haft verurteilen. Aber niemals wird die Bundesanwaltschaft es wagen, sich mit den USA anzulegen. Da geht Machtpolitik vor Recht und Gesetz.

Nach Angaben des wissenschaftlichen Dienstes des US-Kongresses führten die USA zwischen 2021 und 2023 in 78 Ländern «Operationen zur Terrorbekämpfung» durch, darunter in wenigstens neun Ländern Kampfeinsätze mit Truppen vor Ort (boots on the ground).

Präsident Joe Biden wird für die Rechtmässigkeit nach Ende seiner Präsidentschaft nicht geradestehen müssen.

Oona A. Hathaway, renommierte Juristin der Yale Law School, publizierte im führenden US-Politmagazin «Foreign Affairs» kürzlich einen Artikel mit dem Titel: «For the rest of the world, the U.S. president has always been above the law».

Sie erinnert daran, dass «amerikanische Präsidenten ausserhalb der USA immer und immer wieder straflos Gesetze brechen und der Zivilbevölkerung Tod und Zerstörung zufügen» konnten.

Wenn der Supreme Court jetzt einem Präsidenten eine lebenslange Immunität zusichere, sei das nichts Neues unter der Sonne.

Quetzal Das ist nicht zu verstehen, dass solches geschehen darf.

Billy Das denke ich auch, doch dagegen kann nichts getan werden, denn entsprechend den lausigen Regierungen dieser Länder haben deren Völker nicht die Macht, dagegen etwas Gutes zu unternehmen, denn dazu müsste nämlich durchwegs eine Volkseinigkeit bestehen, die in der Regel jedoch nicht gegeben ist, weil stets viele Regierungsfreundliche dagegenwirken. Andererseits ist es gefährlich, etwas dagegen zu sagen, denn oft werden Gegner von solchen bösen Gesetzen einfach liquidiert. Folglich ist nichts zu machen, um solches zu beenden.

Quetzal Das darf doch nicht so sein.

Billy Natürlich dürfte es nicht sein, doch ist es eben nicht zu ändern, denn wir sind hier auf der Erde und es herrschen da leider Gesetze vor, die ungerecht sind, und da wird gar von Teilen der Dummen resp. der Scheindenkenden der Bevölkerung alles befürwortet.

Quetzal Das ist mir bekannt. Doch jetzt, lieber Freund, habe ich wieder zu gehen, denn ich habe mich an die Verordnung des Gremiums zu halten. Auf Wiedersehen – doch rufe mich, wenn sich die Notwendigkeit ergibt.

Billy Natürlich – auf Wiedersehen, Quetzal.

**Die FIGU hat zwei neue YouTube Kanäle, auf denen ihr mehr über Billy,
die Plejaren und die Schöpfungsenergielehre erfahren könnt:**

Deutsch:

FIGU

Michael von Hinterschmidrüti

@michaelvoigtlaender9492

<https://www.youtube.com/channel/UCvrDwu4PdnaX328s7n0PWVg>

Englisch:

FIGU

Michael from Hinterschmidrueti

@michaelvoigtlaender4347

https://www.youtube.com/channel/UCVRSWBSZ7LszV1y7rIJ_dHA

Neutrale Informationen zur aktuellen Lage und zu anderen wichtigen Themen:

FIGU

Sonderausgabe Zeitzeichen:

<https://www.figu.org/ch/verein/periodika/zeitzeichen>

COPYRIGHT und URHEBERRECHT 2024 bei «Billy» Eduard Albert Meier, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase Silver Star Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz. Kein Teil dieses Werkes, keine Photos und sonstige Bildvorlagen, keine Dias, Filme, Videos und keine anderen Schriften oder sonstige Materialien usw. dürfen ohne schriftliche Einwilligung des Copyrightinhabers in irgendeiner Form (Photokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren), auch nicht für Zwecke der Unterrichtsgestaltung usw., reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Veröffentlicht auf www.FIGU.org durch:

«Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase Silver Star Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Copyright 2024 bei «Billy» Eduard Albert Meier, Semjase Silver Star Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz